



## Lagerrevolten

12.07.2006

RABAT/VALLETTA/NOUAKCHOTT/BERLIN

(Eigener Bericht) - Ungeachtet erster Massenrevolten gegen die Migrationspolitik der EU haben Berlin und Brüssel am gestrigen Dienstag einen "Aktionsplan" zur weiteren Hochrüstung der Außengrenzen durchgesetzt. In Malta revoltierten Ende Juni mehrere Hundert Flüchtlinge gegen die katastrophalen Haftbedingungen in den dortigen Flüchtlingslagern; der gestern beschlossene "Aktionsplan" verpflichtet nun 27 afrikanische Staaten, aktiver als bisher gegen Migration einzuschreiten und Brüssel an der Kontrolle ihrer Landesgrenzen zu beteiligen. Flüchtlingsorganisationen üben scharfe Kritik an dem Dokument. Auch Amnesty International urteilt, schwere Menschenrechtsverletzungen sowie das Massensterben im Mittelmeer und vor den Kanarischen Inseln seien "eine strukturelle, unvermeidliche Konsequenz" der europäischen Flüchtlingsabwehr. Erst am Montag hatte Brüssel 2,5 Millionen Euro für die Abschottung der Land- und Seegrenzen Mauretaniens zugesagt, das kürzlich mehrere hundert Flüchtlinge in der Wüste ausgesetzt hat - nach dem Vorbild Marokkos, das seine Grenzen ebenfalls mit EU-Geldern militarisiert. Wie es in Berlin und Brüssel heißt, muss in Zukunft allerdings der steigende Bedarf an afrikanischen Arbeitskräften in mehreren europäischen Staaten berücksichtigt werden. Ein deutscher Europaabgeordneter fordert befristete Arbeitseinsätze afrikanischer Kontingente in der EU.

### **Unglaubliche Spannung**

Wenige Tage vor der Verabschiedung des EU-"Aktionsplans" ist es auf Malta zu ersten Massenrevolten in europäischen Flüchtlingslagern gekommen. Am 27. Juni bewaffneten sich im Lager Hal Safi rund 500 Inhaftierte mit Metallstangen und Steinen und verlangten ihre sofortige Freilassung. Es gelang ihnen, das Wachpersonal - maltesische Soldaten - zu überwältigen und aus dem Lager zu fliehen. Zwar wurden die meisten bald wieder festgenommen; einige Flüchtlinge konnten sich jedoch über Tage hin in Dörfern der Mittelmeerinsel verstecken. Erneute Aufstände werden nicht ausgeschlossen. Noch Anfang Juli war es dem Wachpersonal von Hal Safi unmöglich, die Innenbereiche des Lagers zu betreten. "Es herrscht eine unglaubliche Spannung", berichteten militärische Quellen über die aufgebrachten Flüchtlinge, die während der Revolte größere Teile der Lagereinrichtung zerstört hatten. "Heute, morgen, zu jedem beliebigen Zeitpunkt können sie sich entscheiden, bis nach Valletta (die Hauptstadt Maltas, d. Red.) zu marschieren." [1]

### **Unterhalb der Mindeststandards**

Ursache der Massenrevolte sind die katastrophalen Zustände in den fünf maltesischen Flüchtlingslagern. Wie die maltesische Hilfsorganisation Jesuit Refugee Service berichtet, sind die Lager - wie viele andere Lager entlang der EU-Außengrenzen auch - stets überbelegt und völlig unzureichend ausgestattet. In ihnen werden alle Flüchtlinge inhaftiert, die die Mittelmeerinsel ohne offizielle Genehmigung erreichen - ein Verstoß gegen verschiedene grundlegende Menschenrechtskonventionen, zumal diejenigen, die Asyl beantragen, mit einer Haftzeit von zwölf bis 18 Monaten zu rechnen haben. Der Menschenrechtsbeauftragte des Europarats hat bereits im Oktober 2003 die Verhältnisse in den maltesischen Lagern scharf kritisiert und "eiliges Handeln" verlangt - vergeblich.

"Die Lebensbedingungen in den Lagern liegen unterhalb der internationalen Mindeststandards", urteilt der Jesuit Refugee Service.[2]

### **13. Breitengrad**

Zur effizienteren Abwehr von Flüchtlingen haben am gestrigen Dienstag 30 europäische und 27 afrikanische Staaten in Rabat einen "Aktionsplan" verabschiedet. Das Papier sieht eine enge Kooperation der Polizeien und der Grenzschutzeinheiten vor. So soll die EU-Grenzschutzagentur Frontex, die noch im Juli unter Beteiligung mehrerer deutscher Beamter ihren ersten Einsatz vor den Kanarischen Inseln beginnen wird, gemeinsame Küstenpatrouillen mit Marokko, Mauretanien, Senegal und Kap Verde durchführen; dies bringt die westafrikanische Küste von Gibraltar bis zum 13. Breitengrad sowie sämtliche vorgelagerten Inseln unter Kontrolle der EU. Zudem verpflichten sich die afrikanischen Länder, so genannte Rückführungsabkommen abzuschließen, die eine praktisch lückenlose Abschiebung unerwünschter Einwanderer aus Afrika ermöglichen. Schließlich sollen Migrationsrouten gemeinsamer wissenschaftlicher Kontrolle unterworfen werden, zur Abschreckung ist der Einsatz von Werbe- und Filmmaterialien vorgesehen, um in Afrika vor Emigration zu warnen. Unverbindliche Hinweise auf die mögliche Finanzierung von Entwicklungsprojekten sollen dem "Aktionsplan" den Anschein einer freiwilligen Übereinkunft zum angeblich beiderseitigen Vorteil verleihen.

### **Todesschüsse**

Scharfe Kritik an der europäischen Migrationsabwehr üben nicht nur Flüchtlingsorganisationen, sondern auch Amnesty International (AI). "Trotz einer Fülle von Phrasen über humanitäre Absichten und über die Bedeutung der Befassung mit den Migrationsursachen besteht die Haupttätigkeit der europäischen Staaten und der EU darin, die Menschen draußen zu halten - und das um beinahe jeden Preis", heißt es in einer Erklärung, die AI anlässlich der Konferenz in Rabat veröffentlicht hat.[3] Wie die Organisation bestätigt, begehen EU-Staaten bei der Flüchtlingsabwehr schwere Menschenrechtsverletzungen; Beschwerden von Nichtregierungsorganisationen bleiben unbeantwortet. AI vermerkt insbesondere, dass keinerlei öffentliche Aufklärung über die Todesfälle an den Grenzen von Ceuta und Melilla stattfindet; dort wurden im vergangenen Jahr 14 Menschen bei nicht genehmigten Einreiseversuchen von Grenzpersonal ums Leben gebracht, erst in der vergangenen Woche wurden erneut drei Flüchtlinge am Rande von Melilla erschossen.

### **Gesetz außer Kraft**

Ebenfalls unaufgeklärt bleibt das Aussetzen mittelloser Flüchtlinge in der Wüste durch Partnerstaaten der Europäischen Union. Marokko hatte im vergangenen Jahr mehr als 2.000 Menschen zum Teil gefesselt in unwirtlichen Grenzgebieten ihrem Schicksal überlassen [4]; in diesem Jahr exekutierte Mauretanien diese Praxis an bisher mindestens 286 Menschen [5]. Beide Länder werden mit millionenschweren EU-Hilfen belohnt. Erst am Montag hat Brüssel der mauretanischen Militärregierung rund 2,5 Millionen Euro für die Hochrüstung der Landesgrenzen zugesagt. Die Mittel stehen auch für die Abschiebung von Flüchtlingen aus dem westafrikanischen Land bereit, in das das EU-Mitglied Spanien seit geraumer Zeit auch papierlose Flüchtlinge deportiert.[6] Das Recht auf Asyl ist auf den Kanarischen Inseln derzeit faktisch außer Kraft. "Viele potenzielle Immigranten beklagen sich, dass man ihr Recht auf Asyl ignoriert und sie einfach in das erstbeste Land abschiebt, das sie aufnimmt", berichtet Reuters.[7]

## Arbeitskontingente

Um den afrikanischen Flüchtlingsstrom für die europäischen Wohlstandsgesellschaften nutzbar zu machen, planen Brüsseler Fachleute die befristete Zuführung ausgewählter Migranten zu Arbeitszwecken in die EU. Angesichts der alternden europäischen Bevölkerung werden nach Ansicht von Fachleuten im Jahr 2030 rund 88 Millionen Arbeitskräfte in der EU fehlen.[8] Für das kommende Jahr kündigt die EU-Kommission daher erste Entwürfe für eine europäische Einwanderungsgesetzgebung an. Konkrete Vorschläge äußert bereits jetzt der deutsche Europaabgeordnete Wolfgang Kreissl-Dörfler (SPD). Demnach ist es für die Steuerung der Migration "entscheidend, dass wir hier legale Möglichkeiten schaffen, mit Arbeitsverträgen, mit Rückkehrmöglichkeiten".[9] Kreissl-Dörfler zufolge geht es um eine konkrete Anzahl von Arbeitskräften ("Quoten für die einzelnen Länder"), die mit befristeten Arbeitsverträgen ("vielleicht auf zwei Jahre oder drei Jahre") bedarfsgerecht in der EU eingesetzt werden können. Entsprechende Vorschläge hatten italienische Politiker bereits vor zwei Jahren gemacht, um den saisonalen Arbeitsbedarf der südeuropäischen Landwirtschaft decken zu können.[10] Als mögliche Steuerungsmodule galten schon damals die vom ehemaligen deutschen Innenminister Schily geforderten Menschenlager in Nordafrika, die inzwischen dort errichtet werden.

## Globale Apartheid

Die von Berlin forcierten und von Brüssel umgesetzten Pläne laufen auf ein praktisch flüchtlingsfreies Europa hinaus [11], das seinen Wohlstand mit Hilfe befristet abrufbarer Arbeitskontingente aus streng abgeschotteten Armutszonen deckt - Apartheidpolitik in globalem Maßstab.

Zahlreiche weitere Informationen über die deutsch inspirierte europäische Flüchtlingspolitik finden Sie in unserem EXTRA-Dossier [Festung Europa](#).

[1] Dozens of asylum seekers believed missing as detention system "about to collapse"; Malta Today 02.07.2006

[2] Refugees and Asylum Seekers in Malta today; [www.jrsmalta.org](http://www.jrsmalta.org)

[3] Amnesty International Statement at the occasion of the Ministerial Euro-African Conference on Migration and Development, Rabat, 10-11 July 2006

[4] s. dazu [Opfer unbekannt](#)

[5] s. dazu [Um jeden Preis](#)

[6] Mauritania readmite en últimas semanas a más de 350 nacionales y de países terceros que llegaron a Canarias; europa press 28.06.2006

[7] De inmigrantes a refugiados: dos historias; Reuters 08.07.2006

[8] Europäer und Afrikaner reden erstmals über Einwanderung; Der Standard 07.06.2006

[9] SPD-Politiker empfiehlt Quoten zur Aufnahme afrikanischer Flüchtlinge; Deutschlandfunk 04.07.2006

[10] s. dazu [Schilys Schleuser](#), [Import-Export](#) und [Das Libyen-Projekt](#)

[11] s. dazu [Eins zu zehn](#) und [Interview mit Karl Kopp](#)